

*Fraktionsvotum zur Motion der SP zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung
Aarau, 6. September 2011*

Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, die vorliegende Motion zu überweisen. Wir fordern damit den Regierungsrat auf, die sogenannte Pauschalbesteuerung im Kanton Aargau endlich abzuschaffen. Konkret soll das Steuergesetz dahingehend geändert werden, dass für nicht erwerbstätige Ausländer die Möglichkeit der Besteuerung nach Aufwand über die erste Steuerperiode hinaus wegfällt.

Die Pauschalbesteuerung ist, auch wenn sie im Bundesrecht und in den meisten Kantonen angewendet wird, nicht verfassungskonform. Sie widerspricht den Grundsätzen der Rechtsgleichheit und der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Wenn der Staat eine kleine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern derart bevorteilt und von der Pflicht der Offenlegung der Einkünfte befreit, dann begeht er Rechtsbruch, dann desavouiert er damit die Mehrheit der Steuerzahlenden.

Damit ist eigentlich schon alles gesagt – und der an sich einzige, aber absolut stichhaltige Grund für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung genannt. Dass dies keine rein theoretische Überlegung ist, beweist auch die Bevölkerung: Der Regierungsrat bemerkt in seiner Motionsantwort richtig, dass die Pauschalbesteuerung als ungerecht empfunden wird und für Unmut sorgt. Deshalb wurde sie im Kanton Zürich vor rund zwei Jahren abgeschafft. Im Kanton Thurgau haben Mitte Mai 47 Prozent der Bevölkerung deren Abschaffung zugestimmt. Auch in St. Gallen und in Basel-Stadt sind entsprechende Volksinitiativen hängig, und in Zug, Appenzell-Ausserrhoden, Schaffhausen, Bern sowie Basel-Land werden dafür Unterschriften gesammelt.

Im Aargau haben wir nun die einmalige Möglichkeit, die entsprechende Änderung des Steuergesetzes im Rahmen der laufenden Revision vorzunehmen – und damit einem allfälligen weiteren Volksbegehren zuvorzukommen. Dies umso mehr, als die regierungsrätliche Argumentation für die Pauschalbesteuerung doch ausgesprochen schwach daherkommt:

Erstens ist die Tatsache, dass die Pauschalbesteuerung im Kanton Aargau nur sehr wenige Personen betrifft, für dieses grundsätzliche Anliegen nicht von Bedeutung. Es geht dabei eben nicht um eine eindimensionale, technokratische Grenznutzenrechnung, sondern vielmehr um ein Rechtsprinzip und um das gesunde Empfinden des Rechtsstaates.

Zweitens ist die Behauptung, dass einige Pauschalbesteuerte höhere Steuern bezahlen würden, als dies bei ordentlicher Besteuerung der Fall wäre, schlichtweg nicht bewiesen. Denn der Kanton verzichtet ja freiwillig und mutwillig auf die Offenlegung der entsprechenden Einkommensverhältnisse – etwas, das er sich bei uns allen nicht erlauben würde.

Drittens schliesslich ist der Verweis auf die Einfachheit der Veranlagung doch sehr billig – und offensichtlich eine Beleidigung unserer Steuerämter, denen man eine gründliche Veranlagung, so wie sie bei uns allen geschieht, bei den Pauschalbesteuerten offenbar nicht zutraut. Nach dieser Logik müssten wir alle pauschalbesteuert werden. Auch meine Steuererklärung wäre wesentlich einfacher, wenn ich meine finanziellen Verhältnisse mal grob einschätzen und demgemäss meinen Steuerbetrag quasi wünschen könnte.

Definitiv widerlegt wird die Mär von der so vernünftigen und logischen Pauschalbesteuerung durch die Tatsache, dass offenbar auch der Bund kalte Füsse bekommen hat und die Voraussetzungen für die Pauschalbesteuerung verschärfen will. Einen klareren Hinweis darauf, dass die Steuereinnahmen der Pauschalbesteuerten weit entfernt von gerechten Ansätzen liegen, gibt es ja wohl nicht.

Die Pauschalbesteuerung ist nichts anderes als die absurdeste Speerspitze eines absurden Steuerwettbewerbes zwischen den Kantonen, der mit dubiosen Rating-Listen von Grossbanken getrieben wird. Diese können sich ihr arrogant-neokapitalistisches Getue nur deshalb leisten könnten, weil sie wissen, dass sie im Falle eines bewiesenermassen gar nicht so unwahrscheinlichen Versagens einfach wieder am Tropf des Staates genesen könnten.

Der Staat ist also gleich doppelter Verlierer bei diesem Wettbewerb, der nichts anderes ist, als die organisierte Zerschlagung des Service Public und die naive Hergabe mühsam erarbeiteter Standortvorteile. Die Leidtragenden dieser Fehlentwicklung sind dann sicher nicht die Pauschalbesteuerten, die irgendwann einfach in ein anderes Paradies von Dummen weiterziehen können. Die Leidtragenden werden wir alle sein.

Dass es auch anders, besser, geht, beweist der Kanton Zürich: Eine Berechnung der Uni Lausanne hat nämlich ergeben, dass der Zürcher Fiskus seit der Abschaffung der Pauschalbesteuerung besser fährt, obwohl rund die Hälfte der Pauschalbesteuerten den Kanton mittlerweile verlassen hat.

Deshalb ist es höchste Zeit, dass wir uns dieses ungerechten Instruments der Pauschalbesteuerung entledigen. Überweisen Sie unsere Motion und kommen Sie damit – wie schon erwähnt – einer allfälligen Volksinitiative zuvor. Vielen Dank.

Dieter Egli, Grossrat SP, Fraktionspräsident